

Krafer Zeitung.

Nr. 187.

Samstag, den 17. August

1861.

Die Krafer Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafer 4 fl. 20 Kr., mit Verendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 10 Kr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Platten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Unterzeichnung des Oberleutnants, Daniel Schlich, des 67. Infanterie-Regiments, als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse den Ordensstatuten gemäß, in den Rittersstand des österreichischen Kaiserthums mit dem Prädicate „von Bellebit“ allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 31. Juli d. J. dem Gymnasialdirektor in Innsbruck, Weltprester Dr. Joseph Siebinger, bei dem Anlasse der von ihm angestrichenen Verlegung in den bleibenden Aufenthalt die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vielfährigen erprobten Wirksamkeit im öffentlichen Lehramte allergnädigst auszusprechen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 31. Juli d. J. den Lehrer und provisorischen Direktor der k. k. Ober-Realschule in Lemberg, Adolph Kunert, zum wirklichen Direktor dieser Lehranstalt allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 17. August.

Das Norwegische „Morgenblad“, das, wie bekannt, die ersten Nachrichten über die Reise des Königs von Schweden nach Paris gebracht und sich überhaup in dieser Sache vorzüglich unterrichtet erwiesen hat, gab gleich bei der ersten Meldung ausdrücklich an, daß der Schwedische Staatsrath dem Könige lebhaftest Vorstellungen gegen das Reiseproject gemacht habe, aber nicht durchgedrungen sei, und daß die einzige Concession, welche der König in Folge dieser Vorstellungen für rathsam erachtet habe, darin bestehe, daß dem Besuche am französischen Hofe auch ein Besuch bei der Königin von England folgen werde. In den ministeriellen Kreisen soll die Ausführung des Reiseprojects entschieden Unzufriedenheit hervorgerufen haben, denn der König gilt allgemein für etwas zu rasch in seinen Auslassungen, man fürchtet deshalb, daß er sich möglicher Weise zu Gunsten Dänemarks und im Interesse Frankreichs zu Versprechungen und Verabredungen hinreißen lassen werde, die dem Lande in der Folge eine Theilnahme an bedenklichen Verwicklungen auferlegen.

Die Reise des Königs von Schweden betreffend, schreibt der Pariser Corr. der „Don. Sig.“: Auch hier begegnen wir neuerdings der Einheitsfrage, wie sie in bevorstehenden Conventationen besprochen werden wird. In diesen Conventationen wird nicht von italienischer oder deutscher, sondern von skandinavischer Einheit die Rede sein, und einem nordischen, an der Spitze einer finnlandischen Bewegung stehenden Victor Emanuel Hilfe zugesagt werden. Nebenliches hatte man zur Zeit des Krimkrieges dem Vater gesagt und wird es jetzt dem Sohne in allen Tonarten wiederholen. Ich könnte Ihnen in dieser Hinsicht einen Admiral nennen, der mir eine seiner Zeit hierüber mit dem schwedischen Monarchen abgehaltene Besprechung mitgetheilt hat. Unglücklicherweise legte der verstorbene Souverän einige Hartnäckigkeit an den Tag; er entgegnete: „Frankreich ist sehr entfernt, und wenn ich auf die Unterstützung eingehe, so der Sie mich bewegen wollen, so kann mich Russland zermalmen, ehe Sie mir zu Hilfe kommen können.“ Wie dem auch nun immer sein möge, so werden heute in Saint Cloud die Conferenzen wieder aufgenommen. (f. u. Paris.)

Die in der letzten Zeit öfters erwähnte Depesche der Dänischen Regierung an ihre Gesandten in Berlin und Wien, vom 29. Juli, wird jetzt ihrem Wortlaut nach veröffentlicht. Interessant ist die daraus zu entnehmende Veranlassung der Dänischen Concessionen. Die Dänische Regierung war nämlich durch den Großbritanischen Gesandten in Kopenhagen davon benachrichtigt worden, daß der k. Preussische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in einer der Englischen Regierung mitgetheilten Depesche deren Aufmerksamkeit darauf hingelenkt habe, wie es auch noch einen Ausweg gebe, durch dessen Befolgung, falls die Dänische Regierung sich dazu entschliesse, der drohenden Bundesexekution in Holstein würde vorgebeugt und Gelegenheit geboten werden, eine solche internationale Verhandlung zwischen Dänemark und Deutschland einzuleiten, die hoffentlich geeignet sein würde, eine Lösung der Holsteinischen Verfassungsfrage schneller und leichter herbeizuführen. Demnach würde die Dänische Regierung entweder in der Bundesversammlung oder an die Cabinete von Berlin und Wien die Erklärung abzugeben haben: daß für das laufende Finanzjahr der Zuschuß des Herzogthums Holstein aus seinen besonderen Einnahmen zum gemeinschaftlichen Budget der Monarchie vorläufig auf die Quote Holsteins an derjenigen Summe eingeschränkt werde, die in

dem Normalbudget vom 28. Februar 1856 als der von den einzelnen Landestheilen aus den besonderen Einnahmen derselben zu leistende Gesamtzuschuß aufgeführt ist, indem hierdurch das wesentlichste Motiv für den Bundestag zu einem ferneren Vorgehen auf dem Exekutionswege würde beseitigt werden, da nämlich allgemeine, für das Herzogthum Holstein zur Anwendung kommende Gesetze seit dem Bundesbeschlusse vom 7. Februar d. J. nicht promulgirt werden, noch für den Augenblick beabsichtigt sind. — Die Dänische Regierung ist darauf eingegangen unter den bekannten Restriktionen.

Die Berling'sche Zeitung sagt bei der Besprechung der beiden letzten dänischen Noten, daß die finanzielle Einräumung sich auf eine Umposition reducirt, und daß von Seiten Dänemarks nicht erklärt werde, daß die gemeinsame gesetzgebende Wirksamkeit für Dänemark-Schleswig sistirt sei.

Einer der jüngsten und angesehensten Admirale der französischen Flotte (Herr Baron de la Bourdonnaye) hat in einer sehr zahlreichen und durch die Mittheilung enthusiastischen Versammlung, wie der Pariser Correspondent der Donauzeitung schreibt, das kaiserliche Programm in seiner äußersten Entwicklung in folgender Weise skizziert: Die unvermeidliche Rheingrenze, außerdem Belgien und Antwerpen, ferner die Alpenabhängige bis Turin, Sardinien wegen des bequemen Verkehrs mit Corsica und Algerien, das Gebiet jenseits der Pyrenäen bis zum Ebro, Spanien würde mit Portugal und einem Theile Cochinchina's entschädigt werden, müßte aber noch die balearischen Inseln abtreten. Alles Dies wurde keineswegs als Scherz mitgetheilt und auch von der Gesellschaft, unter der sich mehrere Würdenträger befanden, in vollem Ernste angehört. Niemand lachte über diesen Plan, sondern glaubte vielmehr, er würde durch die Macht der Ereignisse, welche bestimmend auf die Politik Frankreichs einwirken, sicher zur Ausführung gelangen. Auf die Einwendung, daß diese Politik zwar dem nationalen Ehrgeiz, nicht aber dem Geschmack der anderen Mächte zusagen, und daß namentlich England Manches dagegen einwenden dürfte, wurde folgendes unter dem Beifall der Gesellschaft erwidert: „England wird im gegebenen Falle keine so starre Opposition machen, wie Sie zu glauben scheinen. Uebrigens kann England auch Nichts ausrichten, sobald wir es von jeder continentalen Armee isoliren, sobald Preußen oder vielmehr Deutschland mit Frankreich geht, und wenn Oesterreich gegen die entfesselte Revolution zu kämpfen hat. Wenn ich hier von dem einigen Deutschland spreche, so habe ich keinen chimärischen Ausdruck gebraucht. Wenn Sie gleich mir erst vor Kurzem dieses interessante Land bereist und mit den vorzüglichsten Chefs der Bewegung gesprochen hätten, so würden Sie wissen, daß Deutschland am dem Tage, an welchem es sich in vollem Ernste um seine Einheit handelt, und an welchem Frankreich sich ihm zu geben bereit sein wird, nicht lange um die Rheinprovinzen feilschen dürfte.“

Dem „Schw. Mercur“ wird aus Bern, 10. August, geschrieben: Dem französischen Botschafter, Marquis Lurto, gelang es nicht, die früheren guten Beziehungen zur Schweiz wie er herzustellen, somit wird er nächstens einen bevollmächtigten Minister Platz machen. — Gegen den neuen Consul von Nordamerika, Bernays, einen deutschen Israeliten, erheben sich von die- und jenseits des Oceans eine solche Masse von Beschwerden, daß der Bundesrath bei der Regierung von Nordamerika Schritte gethan hat, die Wahl rückgängig zu machen.

Man schreibt der „A. Z.“ aus Paris, 13. Aug.: Die Nachrichten aus Russland beschäftigen die politischen Cirkel in großem Maße. Man weiß nicht recht, was aus den verschiedenen Ereignissen zu machen ist. Zu bestätigen scheint sich die Existenz eines Complot's bei Hofe und die Großfürstin Helene, sagt man, soll in Gesellschaft mehrerer anderer großen Damen in die Verbannung geschickt werden.

Ein Correspondent der A. Z. citirt einige Probestücke aus Pariser Journalen, um zu zeigen, was von der Beurtheilung österreichischer Zustände in der französischen Presse zu halten ist. Unlängst ertheilte die Patrie den Ungarn ernstlich den Rath, es mit den Bewohnern von Wäher, welche einen so beträchtlichen Theil der Bevölkerung Ungarns bilden, nicht zu verderben. Es ist ferner nicht entgangen, daß der Constitutionel der Wiener Regierung den nicht minder erbauenden Rath ertheilte, die Ghettos abzuschaffen und den Israeliten zu erlauben, in allen Stadttheilen mit den Christen zusammen zu wohnen. Die Opinion Nationale läßt sich aus Wien schreiben: Ein geistlicher Redner, Hr. Gistra, erhob sich neulich in der zweiten

Kammer des Reichsraths, um einen Vortrag über Alterthümer zu halten und die Krönung des Kaisers als Königs von Böhmen zu verlangen. Der Minister antwortete ihm nicht. Als jedoch ein Abgeordneter an die Regierung die Frage stellte: was sie von der Alterthumskunde des Herrn Gistra denke, brach das Haus in ein stürmisches Gelächter aus, das die archaische Langeweile der Sitzung angenehm unterbrach.

Cialdini hat wie der „Independance“ aus Turin geschrieben wird, dem Minister-Präsidenten Ricasoli rundweg erklärt, er könne das bald hier, bald dort immer wieder auflodernde Aufwiegen nicht Herr werden, so lange Rom den eigentlichen Hauptagitatoren das Asylrecht gewähre; es müsse ihm das Recht eingeräumt werden, die Räuber über die Grenze bis auf päpstliches Gebiet zu verfolgen. Baron Ricasoli habe zu dem Ende mit dem Amerikaner-Kabiet Unterhandlungen angeknüpft, und das Resultat derselben, will der Correspondent der „Independance“ wissen, soll gewesen sein, daß die französische Regierung erklärt habe, daß, wenn die Nothwendigkeit des Krieges den General Cialdini in das päpstliche Gebiet führe, er den Widerstand der französischen Truppen nicht zu fürchten haben würde. Aber die Redaction der „Independance“ selbst bemerkt, daß die Wahrheit dieser Nachricht nicht verbürgt könne.

Die „Nationalität“ glaubt aus guter Quelle zu wissen, daß Graf Donag San Martino Angehöriger der durch seinen Brief veranlaßten Potemkin, so wie der Ereignisse in Neapel sich vorgenommen hat, einen zweiten noch ausführlicheren Brief zu veröffentlichen und denselben durch Documente zu unterstützen, welche die Gründe nachweisen, die ihn nöthigten, von einer Stellung zurückzutreten, in der er sich die Sympathie aller Partei aller Parteien erworben hatte.

Wie der Turiner Correspondent der „A. Z.“ unter dem 11. August berichtet, würde der Finanzminister Bastogi nicht zurücktreten und ist Herrn Riga der Auftrag zu Theil geworden, den Abschluß eines Handels-Vertrages mit Frankreich anzubahnen.

Der „Globe“ ist zur Erklärung ermächtigt, daß die Mittheilung, wonach Admiral Milne über die Unzulänglichkeit der Blockade der amerikanischen südlichen Häfen berichtet haben soll, der Begründung entbehrt. Es sei über die Blockade gar kein Bericht auf amtlichem Wege eingelaufen.

Was die Entschliessungen der Regierung bezüglich Ungarns betrifft, so soll in der Ministerconferenz, welche am Samstag Nachmittags stattfand, beschlossen worden sein, den ungarischen Landtag aufzulösen. Zwar wollen einige Wiener Blätter wissen, im Schooße des Ministerrathes herrsche noch Meinungsverschiedenheit, indem der ungarische Hofkanzler den Vorschlag der Landtagsauflösung bekämpfe und zu einem letzten Versuche rathe, um auf dem Wege der Unterhandlung den Konflikt mit dem Pesther Landtag auszugleichen (nachdem der gegenwärtige Landtag selbst die Fäden der Verhandlung zerrissen hat?). Das Rescript, durch welches der ungarische Landtag für aufgelöst erklärt wird, dürfte schon in den nächsten Tagen erscheinen und darauf ein kaiserliches Manifest an die Völker Oesterreichs folgen. Die ferner zu beschließenden Maßregeln gelangen der „Presse“ zufolge jetzt noch in „großen Conferenzen“ zur Berathung, woran außer den Ministern und den Chefs der Centralstellen auch die kaiserlichen Prinzen Theil nehmen. Erzherzog Rainer ist aus Rücksicht hierauf mit Abkürzung seines Urlaubs am Samstag bereits von Ofende zurückgekehrt, um wieder den Vorsitz im Ministerium zu übernehmen. Wenn, meint die „Pst. Post“, als eine der im Ministerrathe diskutirten Maßregeln die Kreirung eines besondern verantwortlichen ungarischen Ministeriums genannt wird, so ist dies wohl dahin zu verstehen, daß Ungarn für die Leitung der innern Angelegenheiten ein Ministerium bewilligt werden solle, der Juxta curiae würde das Justizministerium, der Juxta vernis das Ministerium des Innern führen u. s. f. Die Reservirung der Finanz- und Heeresangelegenheiten für die Gesamtstaatsregierung dagegen kann nicht aufgegeben werden, ohne daß die Februar-Verfassung in ihren Grundfesten erschüttert würde.

Die „Pst. Post“ constatirt, daß auch in diesem Augenblicke noch Hebel angelegt werden, um die Regierung zu bewegen, die Transactionen, welche der Pesther Landtag in so schroffer Weise abgebrochen, ihrerseits wieder anzuknüpfen und fortzuspinnen. Verschiedene Stellen der Adresse werden zu diesem Zwecke in gewungener Deutung und mit schönfärbender Inter-

pretation als Anhaltspunkte für weitere Negotiationen bezeichnet. Aber es heißt sicherlich der gegenwärtigen Regierung zu viel zumuthen, wenn ihr nahe gelegt wird, sie solle nach der Ueberreichung dieser Adresse bescheidenlich in Pest ant klopfen und um einen Ausgleich bitten.

Bezüglich des kroatischen Landtages soll bezüglich die Entscheidung getroffen sein, denselben nicht aufzulösen, sondern neuerdings zur Bescheidung des Reichsrathes, oder besser zur Wahrnehmung der gemeinschaftlichen Interessen, aufzufordern.

Krafer, 17. August.

Die „Lemberger Zeitung“ berichtet über die bisherige Thätigkeit des galizischen Landesausschusses das Nachstehende:

Die Angelegenheiten, welche in den Wirkungskreis des Landesausschusses gehören, sind theils solche, welche demselben als Landtagsbeschlüsse zur Ausführung zugewiesen sind, theils solche, welche derselbe kraft der Landes-Ordnung unmittelbar zu besorgen hat. Zu den letzteren Angelegenheiten gehören auch diejenigen, welche von dem gewesenen landständischen Ausschusse übernommen hat. Die hierauf Bezug nehmenden Bestimmungen des Landes-Ordnung sind im 12. Hauptstücke enthalten, welche von dem Wirkungskreise der Landesvertretung, d. i. des Landtags (§§. 16—25) und des Landesausschusses (§§. 26—32) handeln.

Von den Landtagsbeschlüssen, welche in den Sitzungen am 22., 23., 24. und 26. April d. J. (siehe „Lemb. Sig.“ Nr. 95—98) gefaßt und dem Landesausschusse zur Ausführung zugewiesen wurden, sind folgende bereits erledigt worden:

I. In der Sitzung des Landesausschusses wurde in Betreff der Einstellung des Gehaltes der wirklichen Ausschuss-Mitglieder und der Anweisung desselben für die Ersatzmänner der Beschlüsse gefaßt, daß ein Ausschussmitglied, dann dem Gehalt zu beziehen aufhöre, wenn es krankheitshalber länger als drei Monate nicht amtiert, oder länger als einen Monat wegen Privatangelegenheiten beurlaubt ist; der Ersatzmann beziehe denselben Gehalt vom Tage des Eintrittes in den Ausschuss für die ganze Dauer der Stellvertretung und erhält gleichzeitig die Vergütung der Reisekosten hierher und zurück im Betrage von 1 fl. 6. W. für jede Meile der Entfernung seines Wohnortes von Lemberg.

Nach diesem Beschlusse wird sich in vorkommenden Fällen benennen und wird derselbe zur Kenntniß des nächsten Landtages gebracht werden.

II. Um sich den Weg zur Uebernahme der Landesfonde und Anstalten, welche unter der unmittelbaren Verwaltung der h. Regierung stehen und zu Folge der Landes-Ordnung nunmehr von der Landesvertretung administriert werden sollen, zu bahnen, hat der Landesausschuss unter dem 8. Mai d. J. die k. k. Statthalterei um eine spezielle Nachweisung dieser Fonde und Anstalten ersucht und gleichzeitig angefragt, auf welche Art und Weise die k. k. Statthalterei diese Uebergabe durchzuführen beabsichtigt.

Hierauf hat das k. k. Statthalterei-Präsidium erwidert, daß die Uebergabe des Landes (Domestikal-) und der Grundentlastungsfonde keinem Anstande unterliegt und nach gehöriger Liquidirung unter Intervention der Staatsbuchhaltung stattfinden wird. Selbstverständlich werden mit diesen Fonden auch alle darauf haftenden Lasten und Verpflichtungen an die neue Administration übergehen. Für die künftige Verwaltung des Grundentlastungsfondes sind die bezüglichlichen Vorschriften und Instructionen, der Tilgungsplan u. s. w. unbedingt maßgebend und es kann mit Rücksicht darauf, daß die Obligationen vom Staate garantirt sind und daß die Einlösung oder Eskomptirung der Coupons in Wien von Seite der Nationalbank stattfindet, die Einflußnahme des Staates auf dessen Gebarung, so wie die der Staatskredits- und Zentral-Hofbuchhaltung instructionsmäßig vorbehaltene Führung der Kreditbücher nicht als beeinträchtigt angesehen werden. Es ergibt sich ferner, daß der Grundentlastungsfond auch fortan die Kosten der Grundlasten-Ablösung und Regalirung nach Maßgabe des genehmigten Präliminars zu tragen haben wird, so wie es auch unzweifelhaft ist, daß die Judikatur in Grundentlastungs-Angelegenheiten den Staatsbehörden allein vorbehalten bleiben muß. Ungeachtet ferner die Verwaltung des Landes- und des Grundentlastungsfondes an die Landesvertretung übergeht, so kann doch bei dem Umstande, als die Einflüsse dieser Fonde derzeit mit den l. f. Steuern zugleich eingehen, an den bestehenden Einrichtungen in Betreff der Gestion der Steuerämter und kais. Kassen, dann der Kontrolle durch die Staatsbuchhaltung in so lange keine Aenderung eintreten, als nicht nach Maß-

gabe der Landes-Ordnung von dem Landtage verfassungsmäßig andere Anordnungen getroffen werden sollten. Es wird der Landesvertretung zugleich die Unterstützung durch die genannten l. f. Organe so wie auch der l. f. Behörden und der Staatsbuchhaltung bereitwillig zugesagt.

Was die Uebergabe der Fonds und Anstalten betrifft (heißt es weiter) wo sich Zweifel ergeben könnten, ob sie zu Landesanstalten oder Fonds zählen, wurde vom h. l. f. Staatsministerium angeordnet, sich in Ansehung des Zeitpunktes, der Art und Weise des Ueberganges mit dem Landesausschuß ins Einvernehmen zu setzen und die Angelegenheit von Fall zu Fall dem genannten Ministerium zur h. Schlußfassung vorzulegen. Zu den Angelegenheiten, in Betreff deren auch die Ministerial-Entscheidung notwendig sein wird, gehören auch die Beschlüsse über öffentliche Bauten. Gleichzeitig hat das l. f. Statthalterei-Präsidium eröffnet, daß behufs der baldigen Durchführung der Uebergabe des Landes- und des Grundentlastungsfonds und im Zwecke der Beschleunigung der Verhandlungen wegen Uebergabe anderer Fonds die kommissionelle Behandlung dieses Geschäftes eingeleitet worden ist. Zur Leitung der Kommission wurde der Herr Hofrath Ritter v. Pirwetz bestimmt und es wurden derselben die Fach-Referenten, dann l. f. Finanzprokuratur- und Staatsbuchhaltungs-Beamten zugetheilt. Der Landesausschuß wurde eingeladen, dieser Kommission durch zwei zu delegierende Mitglieder beizutreten. Unter Einem hat das l. f. Präsidium den Wunsch eröffnet, damit diese Angelegenheit so beschleunigt werde, daß wenigstens die Verwaltung des Landesfonds mit dem Beginn des nächsten Verwaltungs-Quartals von dem Landesausschuß übernommen werden könnte.

Das Schreiben schließt mit der Bemerkung, daß die bisherige Kompetenz der politischen Behörden in den Angelegenheiten der Landeskultur, der Kirchen und Schulen, der Vorstandsleistung, dann der Verpflegung und Einquartierung des Heeres so lange unberührt bleibt, bis im Wege der Gesetzgebung Veränderungen eintreten; daß jedoch der Landesvertretung darauf schon jetzt ein Einfluß zusteht, als für diese Zwecke von ihr aus dem Landesfonds eigene Geldmittel zur Verfügung gestellt sind, oder als den früheren ständischen Organen nach den bestehenden Einrichtungen bereits eine bestimmte Einflußnahme zustand, an welche auch in der Zukunft nichts geändert werden soll. In Gemeindeangelegenheiten bleibt gleichfalls die Kompetenz der politischen Behörden fortbestehend, so lange nicht andere Vorschriften erlassen sein werden.

Bei der am 6. Juli d. J. stattgehabten Eröffnung der Sitzungen der oberrwähnten Kommission war der Landesausschuß durch zwei seiner Mitglieder vertreten, und es wurde für die Zukunft als ständiges Kommissions-Mitglied Herr Adv. Ritter v. Smarzewski delegiert. Als zweiter Abgeordneter wird immer dasjenige Ausschussmitglied den Kommissions-Sitzungen beiwohnen, welches von Amtswegen die Geschäfte jener Fonds und Institute vertritt, deren Uebergabe den Gegenstand der Kommissions-Verhandlungen bilden wird.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. August. Se. Majestät der Kaiser ist gestern früh 9 Uhr von Laxenburg nach Wien gekommen und hat bald darauf den ungarischen Hofkanzler Grafen Forgach und die Herren Minister zu sich beschieden.

Se. l. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 5. August d. J. die Errichtung des Vereines „Matica Dalmatinska“ in Zara zur Herausgabe nützlicher und klassischer Werke allergnädigst zu genehmigen geruht.

Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers nach Tschil ist auf morgen festgesetzt. Die Rückkehr erfolgt Montag oder Dienstag. Der Herzog von Nassau und der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz werden mit dem Kaiser in Tschil zusammentreffen.

Der regierende Fürst von Schaumburg-Lippe ist gestern von Eisenmarkt hier angekommen, im Hotel „zum böhmischen Kaiser“ abgestiegen und begibt sich gleichfalls nach Tschil.

Der schwedische Finanzminister v. Krippenstedt, welcher seit einigen Tagen sich hier befindet, hat vorgestern den sämtlichen Herren Ministern Besuche abgestattet; denselben zu Ehren werden von einigen Bankiers Festdiners veranstaltet.

Der türkische Votschafter, Fürst Callimachi, hatte in den letzten Tagen wiederholt und gestern Besprechungen im Ministerium des Äußeren, die sich dem Vernehmen nach auf die türkisch-montenegrinische Angelegenheit bezogen.

Hr. Kardinal-Erzbischof Georg v. Saulis ist von Agram hier eingetroffen; derselbe soll, wie es heißt, nach Wien berufen worden sein.

Der l. f. Internuntius, Hr. Baron v. Prokesch-Osten, ist gestern von Graz wieder hier angekommen. Die beiden Präsidenten des ungarischen Landtages, Graf Georg Apponyi und Koloman von Szichy, hatten gestern noch eine längere Besprechung mit dem königl. ungarischen Hofkanzler Grafen Forgach und sind heute Nachmittag um 2 Uhr mit dem Schnellzuge nach Pest abgereist.

Der l. f. Septemvir, v. Fabiny, ist vor einigen Tagen in Wien angekommen, um dem Hofkanzler mündlich zu erklären, daß er seine Ernennung zum Hofrath bei der l. ungarischen Hofkanzlei nicht annehmen könne.

Aus Brünn meldet der Mähr. Corr.: „Im Garten „zu den drei Lämmern“ wurden Sonntag vielen Herren, man gibt die Zahl auf 100 an, die Röcke mittelst Federmeßern zerschnitten. Wir wollen nicht annehmen, daß bei dieser verbrecherischen Bären-Parteilichkeit im Spiele war, doch ist es auffal-

lend, daß nur „Großösterreicher“ vorzüglich die Röcke zerstückt wurden; also scheint man sich doch die Opfer besonders ausgesucht zu haben.“ Sollte das gewisse Polemik im Sinne der Narodni sein?

Die „Prager Morgenpost“ bringt folgende interessante und verbürgte Details zu der letzten Judenverfolgung in Prag, durch welche die optimistische Ansicht, als ob Alles, was vorfiel, das Werk einer momentanen Aufregung einzelner Individuen der untersten Classe gewesen, in gereifene Schranken gewiesen, und der vorbedachten Berechnung und planmäßigen Absichtlichkeit auch ihr gerechter Antheil an dem Ganzen vindicirt wird. Was am 31. Juli in die Öffentlichkeit gelangte und was daraus erfolgte, kann füglich größtentheils als Gebilde und Werk der Leichtgläubigkeit und der erhöhten Phantasie angenommen werden. Der Böswilligkeit kann zwar auch in diesem Stadium ihr Antheil nicht abgesprochen werden; ihn jedoch zu bemessen, dürfte über menschliches Wissen hinaus gehen. Eine Kundmachung des wahren Sachverhalts konnte an diesem Abende nicht mehr ausgehen und es hatten daher die falschen Gerüchte einen erwünschten Spielraum, um sich der Gemüther zu bemächtigen. — Die Thatsachen der Mißhandlung des Hausknechts, sein Transport in der Tragtrube, wurde von der je länger, je mehr in's Große malenden Fama in eine gräßliche Verwundung und endlichen Todtschlag umfaltet. In jedem derart übel Berichteten gewann die Entrüstung und Aufregung das Ansehen moralischer Berechtigung, als Mißgefihl und Theilnahme an dem vermeintlich erschlagenen Glaubensgenossen. Als am nächsten Morgen alle Prager Zeitungen das Gerücht vom Todtschlage des Hausknechts dementirten, stießen sie bereits an eine feststehende Ungläubigkeit. Ein gleiches Schicksal hatte die Kundmachung der Behörde über den wahren Sachverhalt. Sie wurde mit absolutem Widerspruch ihrer Wahrhaftigkeit aufgenommen. An allen Orten, wo sie afficirt war, konnte man unter den stehenden Häufen Leute bemerken, welche es sich anlegten, die Umstehenden unter Hohnlachen zu versichern, das Kundgemachte sei erlogen und bezahlt; auf mehreren Affichen der Art wurde mit Bleistift bemerkt, ihr Inhalt sei unwahr, viele wurden auch herabgerissen. Mit diesem Kampf gegen die Wahrheit ging aber auch Hand in Hand die Bemühung für Ausbreitung einer aufreizenden Lüge. Eine einzige unter den Prager Zeitungen gab sich dazu her, das bereits früher einmal verbrauchte falsche Gerücht, als seien aus oberen Stockwerken in der Josephstadt auf das Volk Steine herabgeworfen und Vitriol herabgegossen worden, zu verbreiten und sie fand auch in diesem Punkte bei ihrem großen Leserpublikum Glauben und zahlreiche Verbreiter dieses falschen Gerüchts auch unter jenen Classen, welche keine Zeitung lesen. Mit diesem Bahn war aber auch der Spieß umgekehrt. Die harmlos um des vermeintlich ermordeten Hausknechts wegen in die Judenstadt pilgernden Schaaeren erschienen nun als die von den bösen Juden mit Steinen und Vitriol Angegriffenen, und darum erklärte auch einer der Excedenten am Abend des 1. August in seiner Standrede an die Umstehenden, er müsse das christliche Blut schütten. Im Verlaufe dieses Tages mußten die weiteren Vorgänge schon zur beschlossenen Sache geworden sein, denn es wurde Israeliten von ihnen wohlgenigten Personen bedeutet, nicht zu Hause zu bleiben oder die Fenster nicht eingehängt zu lassen. In der Pöbelmasse war auch der böse Geist schon so mächtig geworden, daß eine Rote sich vermaß, am Tage auf einem sehr frequenten Plage einen Wachmann anzufallen, zu mißhandeln, und zu versuchen, ihn zu desarmiren. Die leitende und aufreizende Einwirkung einzelner Individuen auf die Pöbelhaufen war unverkennbar. Eine Weibsperson versprach Belohnung im Gelde für weiteres Fensterschlagen. Ein Mann ließ Geld an Buben vertheilen, damit sie Fenster einschlugen. Andere Individuen äußerten bei Anschauung der bereits stattgefundenen Verstörungen, daß sei noch Alles zu wenig, es müsse noch besser kommen; man solle Feuer anlegen, damit die Josephstadt an allen vier Ecken brenne, dann werde Ruhe sein. Ob diese letztere ausgereifte Aufreizung mit der Thatsache, daß am 1. August bei dem Neubau des Gemeindehauses am Leonardiplace ein feuerwerksmäßig präparirter Brandstoff zerstreut gefunden wurde, in einem Zusammenhang stand, muß von der Hand dahin gestellt bleiben. Andere Individuen munterten zur Furchtlosigkeit und zum Widerstand gegen die bewaffnete Macht auf. Ein Mann, der sich um die Herstellung der Ordnung bemühte, wurde mißhandelt und beraubt. Eine Rote von etwa 40—50 Buben, welche die Verwüsthungen in der langen Gasse anrichteten, und die mit mitgebrachten Steinen reichlich vertheilen, ging eine einige anständig gekleidete junge Leute voran und bezeichneten die einzelnen Häuser, wo eingeworfen werden sollte und wo nicht. Daß man es dabei jedoch mit der Unterscheidung zwischen israelitischem und christlichem Eigenthum nicht so genau nahm, zeigte der Fall, wo einem christlichen Kaufmann seine Firmatafel mit großer Gewaltanwendung herabgerissen und verschleppert worden ist. Dies möge genügen, um jedem redlichen Manne, welchem Glauben oder welcher nationalen Partei er auch angehört, die Lehre einzuprägen, man könne solchen Gelüsten, wie sie hier zu Tage gekommen, nicht zeitlich und nicht ernst genug hindernd in den Weg treten.

Wir erwähnten neulich, daß die in Angelegenheiten der Nationalitäten ernannte Commission des ungarischen Unterhauses ihren Bericht bereits fertig hat, und theilten auch die Hauptgrundsätze mit, von welchem dieselbe bei dem von ihr ausgearbeiteten Gesetzentwurf ausgegangen ist. Dieser Gesetzentwurf selbst, der in 24 Paragraphen besteht, enthält folgende Bestimmungen: Jedem Staatsbürger steht es frei, sich in den Eingaben, die er an seine Gemeinde, sein Comitai oder an die Centralbehörden richtet, seiner Muttersprache zu bedienen. Die Gemeinde- oder Districtsbehörden

können jedoch von einem ihrer Jurisdiction nicht unterstehenden Bürger nur solche Eingaben entgegennehmen, welche in einer der Sprachen, die in der Gemeinde oder in dem betreffenden Comitai üblich sind, verfaßt sind. In den Gemeindeversammlungen kann jeder sich seiner Muttersprache bedienen. Jede Gemeindeversammlung bestimmt selbst, welches ihre Geschäftssprache sein wird. In ihren amtlichen Beziehungen zu den Bewohnern müssen die Gemeindebehörden die Sprache der ersteren gebrauchen. Die kirchlichen Gemeinden regeln ihre eigenen Angelegenheiten nach freiem Ermessen, namentlich was die Sprache betrifft, welche bei Führung der Matriceln und beim Primärunterricht zu gebrauchen ist. Jede Confession und jede Nationalität besitzt das gleiche Recht, für die Gemeinden, welche die Bedürfnisse des Cultus und Unterrichtes nicht allein befriedigen können, die Mitwirkung des Staates in Anspruch zu nehmen. Jeder Confession und jeder Nationalität steht es frei, Mittel- und höhere Schulen zu errichten; die Bestimmung in welcher Sprache der Unterricht zu erteilen ist, steht dem Individuum oder der Corporation zu, welche die Lehranstalt gegründet hat; der Staat behält sich nur das Aufsichtsrecht vor. In den Staatschulen steht das Recht, die Unterrichtssprache zu bestimmen, dem Unterrichtsminister zu, welcher bei dieser Entscheidung den in der betreffenden Gegend gebräuchlichen Idiomen Rechnung zu tragen hat. An der Universität werden für jede im Lande übliche Sprache besondere Lehrkanzeln errichtet. — In den Comitais-Versammlungen steht es allen welche das Recht zu reden haben, frei, ihre Muttersprache zu gebrauchen. Die Generalcongregation bestimmt, in welcher Sprache das Protocoll und die officiellen Acte abzufassen sind; jedes im Comitai repräsentirte Nationalität hat jedoch das Recht, daß das Protocoll nebenbei auch in ihrer Muttersprache abgefaßt werde. In allen Fällen, wo die amtliche Sprache des Protocolls nicht die magyarische ist, wird nebenbei auch ein magyarisches Protocoll verfaßt. Die Comitais correspondiren unter einander in magyarischer Sprache; doch können die Comitais, welche dieselbe nichtmagyarische officielle Sprache haben, gegenüber den correspondirenden Comitais in magyarischer Sprache. — Die Amtssprache der Centralbehörden ist die magyarische. Ebenso ist die magyarische Sprache die Verhandlungssprache am Landtage. Die Gesetze werden in allen landesüblichen Sprachen publicirt.

In Szegedin wollte man am 11. d. M. das Grabmal des dort beerdigten Honvedgenerals Képesy feierlich enthüllen; in Folge strenger Weisung der ungarischen Statthalterei unterblieb jedoch diese Feierlichkeit.

In der am 5. d. M. begonnenen Generalversammlung des Eisenburger Comitais wurde im Hinblick auf das Rescript vom 21. Juli beschloffen, daß Jedermann in seinem Amte ausharre und nur der Gewalt weiche.

Deutschland.

Der Koburger Nationalverein wird am 23. und 24. Aug. zu Heidelberg eine Generalversammlung halten. Von Seite der Leiter wird bereits jetzt Alles aufgegeben, um daraus eine großartige Demonstration zu machen. Vor Allem ist es auf Süddeutschland abgesehen, wo es dem Verein trotz aller Agitation bis jetzt noch nicht gelungen ist, festen Fuß zu fassen. Das Programm der Verhandlungsgegenstände umfaßt sechs Nummern, worunter ein Ausfühsantrag in Betreff der deutschen Verfassungsfrage. Unter den ferneren Verhandlungsgegenständen befindet sich auch wieder die kirchliche Frage, die nachgerade zum täglichen Steckenpferd für die Parteien und zu einem sehr willkommenen Mittel für alle möglichen Agitationen geworden ist.

Aus Frankfurt a. M. wird der B. u. Z. geschrieben: Es verdient vielleicht constatirt zu werden, daß der Ausbruch, welchem die Berichterstattung über den Antrag Badens in Bezug auf die kirchliche Angelegenheit obliegt, noch nicht eine einzige Sitzung gehalten und also noch viel weniger schon seinen Berichterstatler ernannt hat.

Nach den an den Bund gelangten officiellen Anzeigen sind gezogene Gesuche gegenwärtig bei den Contingenten von Oesterreich, Preußen, Baiern, Sachsen, Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen, Oldenburg, Nassau, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz eingeführt. Das Bundesdelgewehr nach preussischem Modell ist bei den Contingenten von Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Waldeck, Lippe, Lübeck, Bremen und Hamburg eingeführt.

Bei dem Berliner Turnfest wurde der Antrag auf Bildung eines allgemeinen Turnbundes in den Berathungen am Montag mit 941 gegen 467 Stimmen verworfen. Auch die meisten süddeutschen Turner-Deputirten erklärten sich gegen den Antrag, als schließlich auf eine politische Bildung hinielend.

Die zweite nassauische Kammer faßte am 8. d. bezüglich der Verhältnisse der katholischen Kirche folgende Beschlüsse: 1. die herzogliche Regierung zu eruchen, die Ministerial-Verordnung vom 25. Mai l. J. die Regelung des Verhältnisses der katholischen Kirche zur Staatsgewalt betreffend, dem Landtage zur Verathung und Zustimmung vorzulegen; 2. die zweite Kammer wolle gegen die Anerkennung der Reichsbeschuldigung der Ministerialverordnung Verwahrung einlegen und dem Landtage seine Rechte dagegen vorbehalten; 3. dieselbe wolle sodann, mit Rücksicht auf die Lage der unter dem früheren Zustande leidenden Geistlichen und der respectiven Kirchengemeinden, für welche es angemessen erscheine, daß die erledigten Pfarrstellen definitiv besetzt werden, sowie daß es wünschenswerth sei, daß überhaupt der mehrjährige zwischen der herzoglichen Regierung und dem bischöflichen Stuhle zu Limburg bestandene Kirchenkonflikt ruhe, sich dahin aussprechen, sie wolle nichts dagegen ein-

wenden, daß solche Einrichtungen, wie sie in der Ministerialverordnung getroffen sind, vorläufig als Provisorium bis auf Weiteres bestehen bleiben, jedoch lediglich als Verwaltungsmaßregeln und ohne Beeinträchtigung der landständischen Rechte. Von den Antragstellern war in der Diskussion erklärt und vor der Abstimmung wiederholt worden, daß sie die Worte „bis auf Weiteres“ als gleichbedeutend „bis zum nächsten Landtage“ gebraucht haben wollten und mit dieser Erklärung den Antrag aufrecht erhalten. — 4. An die herzogliche Regierung das Ersuchen zu richten, dem früheren Antrage: „die nöthige Einleitung zu treffen, um das Verhältniß zwischen der Staatsgewalt einerseits und der katholischen und evangelischen Kirche, sowie den übrigen Religionsgesellschaften andererseits auf dem Wege der mit den Ständen zu beratenden Landesgesetzgebung im Sinne vollständiger Glaubens- und Gewissensfreiheit definitiv zu ordnen,“ möglichst bald Folge zu geben.

König Leopold der Belgier hat sich nach Wiesbaden zum Gebrauch der Bäder begeben.

Wie aus Leipzig, 14. August, gemeldet wird, ist Oscar Becker, nachdem die Untersuchung gegen denselben von den groß. badischen Gerichten in der Hauptsache beendet ist, derselbe mittels Erkenntnisses des Universitätsgerichtes ex matriculirt und solches durch Anschlag am Schwarzen Bret veröffentlicht, auch den badischen Behörden mitgetheilt worden.

Frankreich.

Paris, 13. August. Der heutige „Moniteur“ meldet: „Der Kaiser hat beschloffen, daß die Zolltarif-Maßregel, welche kürzlich in Betreff der in Frankreich reisenden englischen und schwedischen Unterthanen angenommen wurde, auf die belgischen und holländischen Reisenden angewendet werden soll. Diese Fremden können daher in Zukunft in Frankreich eintreten und reisen auf die einfache Erklärung ihrer Nationalität. Da die französischen Unterthanen in reciproker Weise ohne Pässe in Belgien und Holland reisen dürfen, wie das bereits in England und Schweden besteht, so können unsere Landesleute fortan Frankreich verlassen und dahin zurückkehren, ohne verpflichtet zu sein, an der Grenze ein Reisepapier vorzulegen. Sie werden jedoch aufgefordert, in ihrem eigenen Interesse sich mit irgend einem Schriftstück zu versehen, welches bei Gelegenheit ihre Identität erkennen lassen und bedauerlichen Mißverständnissen vorbeugen kann.“ Man spricht wieder von der Auflösung des gesetzgebenden Körpers, und glaubt, es sei dem Grafen Persigny gelungen, den Kaiser zu dieser von den anderen Ministern bestrittenen Maßregel zu bestimmen. Die Auflösung, heißt es, soll im Monat November vorgenommen werden. Die öffentliche Meinung hat sich längst für die Nothwendigkeit dieses Schrittes ausgesprochen. Auch Gerüchte von Rouher's Austritt aus dem Ministerium tauchen wieder auf. Herr Rouher soll Minister ohne Portefeuille und Chancelier-Laubach Handelsminister werden, während Contre-Admiral la Ronciere le Nourry das Marine-Portefeuille übernehmen würde. Das neue zu gründende Reserve-Geschwader wird aus zehn Schiffen bestehen und von Unter-Admiral Fourichon befehligt werden. — Der Cassationshof hat gestern das Erkenntnis publicirt, welches wegen Amtsmißbrauchs vom Correctionalgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilten Abbé Chemeau mit seiner Beschwerde abweist, da eine Intervention des Staatsraths von Erhebung der Anklage nicht notwendig gewesen sei, das Gericht also vollständig nach den Gesetzen erkannt habe. Mirès, dessen Prozeß, wie bekannt, am 19. August in zweiter Instanz zur Verhandlung kommt, wird täglich um 10 Uhr Morgens in die Büreaus in der Richelieustraße geführt und Abends um 6 Uhr wieder nach Magas gebracht. Heute Morgen noch sah man den Ex-Seranten der Caisse générale des chemins de fer in einem Miethswagen, von zwei Sicherheits-Agenten begleitet, über die Boulevards fahren. — Die Liste der Journalisten u., welche zu Ehren des 15. August das rothe Bändchen bekommen werden, wird eine wesentliche Abfürgung erfahren. Man sagt, daß Herr von Persigny, als er das im ehemaligen Pressbureau aufgestellte Verzeichniß sah, dermaßen in Zorn gerieth, (bei Sr. Exc. übrigens nichts Seltenes), daß er die Liste zerriß. Dagegen werden die Militärbeförderungen vom 14. sehr bedeutende sein, unter Anderem werden die Ernennung von 14 neuen Generalen umfassen, und zwar — gegen die bisher beobachtete Regel — meist außerhalb des Cabres.

Heute Nachmittag fand die feierliche Eröffnung des neuen Boulevards Maleherbes statt. Derselbe reicht von der Mabelaine, 1400 Metres lang, schnurgerade bis zum Parc Moncaux. Dort erhebt sich ein von zwei Thürmen eingeschlossener ungeheurer Triumphbogen, auf welchem mit colossalen goldenen Buchstaben zu lesen steht: „Urbs renovata Paris, assaini, embellit, agrandi.“ Rechts waren die Tribünen, für die Eingeladenen und im Hintergrunde ein reich verziertes Zelt zum Empfang des Kaisers. Das Ganze gewährte einen prächtvollen Anblick. Um 5 1/4 Uhr kam der Kaiser in einem reichen von sechs Pferden gezogenen Wagen bei dem Triumphbogen an. Dort wurde er vom Seine-Präfecten mit einer Ansprache empfangen, auf die er einige Worte erwiderte. (Vgl. das Telegramm in unserer gestrigen Nummer.) Nachdem er wieder in den Wagen gestiegen war, fuhr er bei fortwährendem Trommelschlag und Trompetenklang den neuen Boulevard bis zur Mabelaine hinab. Sein Gefolge bestand sich in einem zweiten Wagen. Der Seine-Präfect, Marschall Magnan und mehrere andere hohe Officiere umgaben den Kaiserlichen Wagen, dessen Escorte aus Hundertgarden bestand. „Vive l'Empereur!“ ertönte von allen Seiten. Von der Mabelaine fuhr der Kaiser den Boulevard wieder hinauf und durch den Parc von Moncaux nach St. Cloud zurück. Es war 6 1/2 Uhr, als die Ceremonie beendet war. Unter den Neugierigen, die dieses Schauspiel herbeige-

loft, befanden sich auch die Siamesischen Gesandten in drei Wagen. Auch die Türkische Gesandtschaft war zahlreich vertreten. Vereire läßt mit Zustimmung der Regierung eine Medaille zur Erinnerung an die heutige Eröffnung des Boulevard Malesherbes schlagen. — Die Ankunft der Kaiserin in Gaux Bonnes geschah, wie der Moniteur meldet, unter strömendem Regen. Vierundzwanzig Bergbewohner in Nationaltracht gingen dem Wagen voraus, und unter den Bäumen stand eine gute Zahl von Neugierigen, welche die Kaiserin einzeln sehen wollten. — Laut Moniteur-Bulletin wird die Abreise des Generals Grafen Montebello nach Konstantinopel zur Beglückwünschung des neuen Sultans übermorgen, am 15. d., von Toulon auf der „Reine Hortense“ erfolgen.

Gestern hat die Preisvertheilung im dem Concours général der Lycéen in der üblichen Weise stattgefunden. Der Unterrichtsminister konnte sich nicht enthalten, die interessante Jugend einzuladen, dem reactionären Geschmack von draußen kein Gehör zu schenken und denen nicht zu glauben, welche den Untergang der Religion und der Kirche prophezeien. Die „Patrie“ versichert, daß diese Worte einen tiefen Eindruck auf die „Kinder“ hervorgebracht hätten. Bei dieser Gelegenheit sei jedoch bemerkt, daß das Publikum den „reactionären“ Blättern immer mehr Geschmack abzugewinnen scheint; denn aus dem Nachweis der Zeitungsempfehlung geht hervor, daß sich die Auflage der „Gazette de France“ seit einem Jahre verdreifacht, die der „Union“ verdoppelt und die des „Monde“ und des „Ami de la Religion“ sich ebenfalls bedeutend vermehrt hat. — Der Dr. Béron wird am 15. Aug. zum Commandeur der Ehrenlegion befördert werden. Bestätigt sich das Gerücht, daß der Chef-Redacteur der „Opinion nationale“, Hr. Guérault, ebenfalls decorirt werden soll, so wäre dies in sofern bedeutsam, weil es beweisen würde, daß man es von jetzt an für überflüssig halte, die Empfindlichkeit des Klerus zu schonen.

Der R. Z. wird geschrieben: Sie haben, wenn ich nicht irre, nach der Allg. Z. sehr irrtümliche Angaben über den Marquis de Fiers gebracht. Dieser hat früher für die Independance belge geschrieben, und er stand auch mit dem Journl de Genève in Verbindung. Hr. de Fiers, welcher Rechnungsath ist, hat seit einem Jahre die genannten Correspondenzen seinem Sohne übergeben. Es ist nicht wahr, daß er nach Mazas gebracht worden, er befindet sich auf seinem Landgute Chateau de Cour sur Loire. Er hat niemals ein Correspondenz-Bureau gehalten, man hat keinerlei verdächtige Papiere bei ihm vorgefunden, und er steht auch in keinerlei Verbindung mit Clément. Es ist bisher von keiner gerichtlichen Verfolgung die Rede und nicht einmal von einer Disciplinarstrafe.

Dem „Dresd. Jour.“ wird aus Paris geschrieben: Politiker sagen schon, die Reise des Königs von Schweden sei das bezeichnendste Symptom für die skandinavische Einheit. Rußland müsse bereits für Finnland fürchten! Ich habe nicht an der Thüre des Cabinets des Kaisers gelauscht, als er mit dem Könige von Schweden Unterhandlung pflog. Aber in allen jenen Gerüchten sehe ich viel Irrthümer, so mehr, viel Lügen. Napoleon III. ist viel zu klug, um nicht Rußland schonen zu wollen, viel zu klug, um Projekte zu träumen, die Europa in Flammen setzen würden. Allerdings strebt Frankreich, sich dem Könige von Schweden in vollstem Glanze zu zeigen. Der Kaiser hat ihn in Chalons seine Arme bewundern lassen. Der Empfang in Paris war aber kühl, weder sympathisch noch feindselig. Bei der großen Vorstellung in der Oper drängten sich die Neugierigen, aber weiter nichts. Die oberen Classen der Gesellschaft waren nicht eben vertreten, zumal die Wenigen die davon hier sind, erst Tags vorher einer außerordentlichen Vorstellung beigewohnt hatten, wobei Lamberli den Brennpunkt bildete. Bei der Vorstellung zu Ehren des Königs von Schweden ist wohl bemerkt worden, daß sich das Befinden des Kaisers bedeutend gebessert hat. Ich erinnere Sie an die im Stockholmer Reichstag vorgekommene Verhandlung und Mazzinischen Reden bei Gelegenheit der Anerkennung des Königreichs Italien und des Besuchs des italienischen Gesandten Torrearsa.

In Nizza ist, wie ein Schreiben von der piemontesischen Grenze im Dresdner Journal berichtet, kürzlich eine Demonstration im italienischen Sinne im dem dortigen „Gabin Concert Tiranti“ vorgefallen. Die italienischen Sänger wurden mit Entbusiasmus begrüßt, während man die französischen mit Gelächter auspöffe. Die Polizei wollte Verhaftungen vornehmen, wurde aber unter großem Tumult aus dem Garten gedrängt und mit Steinwürfen verfolgt.

Italien.

Dem „Bat.“ wird aus Mailand vom 10. d. geschrieben: Um den in der neuen italienischen Armee immer mehr einreisenden Desertionsversuchen zu steuern, hat das Kriegsministerium die Auffstellung eines Militärgordons gegen die österreichische und schweizerische Grenze angeordnet und den Gordonsposten-Commandanten das Recht eingeräumt, auf frischer That ergriffene Deserteure auf der Stelle erschießen zu lassen. Ein neuer Beweis, daß das italienische Einheitsgebäude nur mit Blut zusammengeklebt werden kann. In Castiglione della Stiviera, wo sich ein solches Gordons-Commando befindet, wurden im Laufe der vorigen Woche 9 Deserteure zusammengeknallt. — Wie weit der Terrorismus hier geht, erhält beispielsweise daraus, daß in Volta ein Geistlicher bloß deshalb arretirt und mit Ketten belastet nach Brebia abgeführt wurde, weil ein in seinem Hause einquartierter Lancier desertirte, und man den Geistlichen im Verdacht hatte, dessen Entschluß zum Entweichen gehindert zu haben, ohne die Sache anzugehen. Nun fragen wir: wie lange kann sich eine Regierung erhalten, welche zur Fortschleppung ihres elenden Daseins zu solchen Mitteln greifen muß?

Die Turiner Zeitung theilt folgendes mit: „Eine Carabinieri-Patrouille, welche die Kunde auf der In-

sel Caprera (Sarbalt's Wohnst.) machte, wurde von vier Unbekannten angegriffen, die aber sogleich die Flucht ergriffen, als die Carabinieri ihr Feuer erwiderten und sich zur Verfolgung anschickten. Man kann nicht begreifen, wie es diesen vier Banditen gelungen ist, auf die wohlbewachte Insel zu kommen. Es wurde sogleich befohlen, den Carabinieri-Posten zu verstärken und die Küsten auf das Sorgfältigste zu durchsuchen. An dem Orte, wo der Zusammenstoß stattfand, hat man ein blutiges Taschentuch gefunden.

Aus Neapel vom 10. August wird telegraphisch gemeldet, daß die Royalisten bei der Einnahme von Auletta 100 und bei der Einnahme von Chiaja 80 Mann verloren haben. Dem „Popolo d'Italia“ zufolge wären die Provinzen Capitanata, Molise und Benevent die Hauptstütze der royalistischen Bewegung. Colle (in Molise) ist von den italienischen Truppen wieder genommen worden. Ciadini sollte nach Calabrien abgehen. Dem „Nazionale“ zufolge hatte er verschiedene Personen, namentlich einen Franzosen Thomas d'Aguiou, verhaften lassen.

Ciadini erklärte am 3. August mehreren Personen, die wegen der zahlreichen Verhaftungen, den Herzoge v. Popoli, Montemiletto u. u., mit ihm Rücksprache nahmen: Wenn alle Classen der Bevölkerung gegen die Regierung sind, so muß diese starke Schläge gegen die Großen führen, um die Kleinen zittern zu machen, und da ich einmal den Weg der Strenge betreten habe, so werde ich nicht zurückgehen.“ Ein Correspondent der „Union“ verbürgt diese Worte. Die „Armonia“ bringt einen Tagesbefehl des Generals Cadorna in demselben Style und beweist durch Parallelfällen aus den Tagesbefehlen der französischen Generale in Neapel aus den 90er Jahren, daß die heutigen piemontesischen Revolutionäre nur Plagiator seien.

Anlässlich der angeblich mehrfach vorgekommenen freiwilligen Ergebung royalistischer Schaaen im Königreich Neapel wird der „Times“ unterm 4. d. M. die folgende Bemerkung mitgetheilt: „... Die Sache ist nicht neu, daselbe ist schon vor Monatsfrist bei Avellino vorgekommen und doch hat die größte Aufregung seitdem dort nicht aufgehört. Der Grund liegt in dem Umstande, daß diejenigen, die sich ergeben, nur das Gefindel (the ragamuffins) ist, daß sich in einer Dörfchaft zu den Banden geschlagen hat. Die eigentlichen Banden ergeben sich nicht und sind auch nicht unterdrückt, wenn sie auch mitunter zerstreut werden.“

Der in Neapel erscheinende „Pungolo“ sagt: „Sehr erkennt man auch in officiellen Kreisen, daß die Frage über das Räuberwesen von größter Wichtigkeit ist. Die Truppen sind freigelegt; allein, wenn die Räuber hier hieher, erscheinen sie morgen in einer anderen Gegend, und die ermüdeten und unter einer ungewohnten Hitze leidenden Soldaten sind nicht im Stande, diesen nachtheiligen Einflüssen zu widerstehen, und erkranken in großer Anzahl. Das Territorium ist sehr ausgedehnt, und 60.000 Mann, die es fortwährend von einem Punkt zum anderen durchstreifen müssen bei tropischer Hitze, können wenig Ruhe genießen, sondern sind begreiflicherweise enormen Anstrengungen ausgesetzt.“

Von Bedeutung sind die Nachrichten aus Toscana, welche dort von einer fühlbar werdenden Agitation berichten.

Rußland.

Der „Allg. Pr. Ztg.“ wird über die letzten Vorgänge in einem Schreiben vom 12. d. nachstehendes berichtet: Heute sah es sehr unruhig bei uns aus. Polen feiert heute, so viel ich weiß, zum erstenmale, die Vereinigung Litauens mit Polen, welche vor 500 Jahren — einige Jahre mehr oder weniger — nicht zur Sache — am 12. August durch die Verbindung der Königin Jadviga (Jedwig) mit dem litauischen Großherzog Jagiello zu Stande kam. Gestern noch hatten Plakate die Einwohner Warschaus aufgefordert, diesen Tag als einen großen Festtag durch allgemeines öffentliches Gottesdienst, Einstellung aller Geschäfte und Arbeiten, durch Ablegung der Trauer, Schließung der Geschäftslöcke, Conditoreien u. u. Abends durch allgemeine freiwillige Illumination zu feiern. Dagegen füllen sich die seit den letzten Ercessen schon wieder mit Zelten und Soldaten besetzten öffentlichen Plätzen mit mehr Militär, und auf allen größeren Plätzen, dem schächlichen, dem Krassischen, dem Sigismund- (Schloß)-Platz waren schon Morgens bespannte Kanonen aufgeführt und Kavallerie aufgestellt, welche auch den ganzen Tag in starken Abtheilungen die Straßen durchzog. Der Statthalter Suchanetz, der noch im Amte ist, weil Graf Lambert noch nicht von St. Petersburg eingetroffen, hat heute Nacht an allen Straßenecken eine Verordnung aufschlagen lassen, deren Abreise durch Militärposten verhindert wurde, worin alle Festlichkeiten, alle Demonstrationen und Zusammenrottungen, das Schließen der Gewölbe, sowie die Illumination, aufs Strengste untersagt und nur der für diesen Tag vorgeschriebene Gottesdienst gestattet ist. Deswegenachtet werden die Läden geschlossen, die von Militär stark begleitete Polizei war nicht im Stande, die Wiedereröffnung zu verhindern, sobald sie sich entfernt und den Eigentümer des Ladens aufgezeichnet hatte, denn der Pöbel drückte Thür und Fensterladen mit Gewalt wieder zu. Die Trauer wurde abgelegt, und man sah die Frauen fast nur in bunten Anzügen. Wegen Tragen von Abzeichen, polnischer Nationalkleidungen und Blumen fanden mehrere Verhaftungen statt; die Straßen wimmelten von Menschen — und wenn man fragt, welches Fest sie feiern, wissen die armen Leute, welche kaum Brod auf morgen haben, keine andere Antwort als „wir wollen die Russen ärgern.“ — Gleichzeitig mit obiger Verordnung erschien eine nähere Verordnung vom 8. Abends, welche nun vor einer Verwundung spricht. So wird gleich alles übertrieben und entsetzt.

Darum wären recht schnelle Veröffentlichungen durch die Regierungsorgane dem zu häufigen Schweigen derselben vorzuziehen, — obgleich auch diesen von den Polen die Wahrscheinlichkeit bestritten wird. Abends, unter dem fortwährenden Drängen und Nennen der Menschenmenge ist der Tag vergangen, obgleich vom Pöbel auf die armen Soldaten und Polizisten — die doch nur thun, was sie müssen, weidlich geschimpft wurde; unter allgemeinem Befürchtungen größerer Ruhestörung kam der Abend heran, um aber, nach der Bekanntmachung des Statthalters bei der Illumination, ernste Befürchtungen der Hauseigentümer zu verhüten, die dafür verantwortlich gemacht worden waren, und doch zu demonstrieren, hatte man den Ausweg eingeschlagen, nicht die Fenster, sondern die Zimmer und, wie mancher sich vorgenommen, auch die Köpfe zu illuminiren. Dagegen konnte freilich die Regierung nichts einwenden. Jetzt, halb elf Uhr Abends, sind die Plätze und Straßen vom Pöbel noch sehr belebt, aber auch die Patrouillen thun ihre Schulpflicht, und so ist die Ruhe bis jetzt nicht gestört; auch denen, welche ihre Zimmer nicht erleuchteten, sondern die Fensterladen schlossen, ist von Seiten der Polen nichts geschehen, denn die Regimenter, welche aus dem Lager dieser Tage nach der Stadt gezogen wurden, flößen doch Respekt ein. Am 15. haben wir wieder einen kirchlichen Feiertag — und da meinen die Polen das nachzuholen, was heute nicht ausgeführt wurde. Vor lauter kirchlichen, Gallischen und nationalen Festtagen kommen die Menschen hier gar nicht zur Arbeit — aber Jeder will essen, das Volk ist arbeitslos und arm, und daher ohne den seinen Bedürfnissen entsprechenden Erwerb — wo soll da der Wohlstand wachsen und das Land gedeihen? Aber man sucht die Schuld nicht bei sich selbst sondern nur bei seinem vermeintlichen Widersachern, den Russen.

Die „Schles. Ztg.“ meldet, daß am 12. d. auch in Lublin eine starke Demonstration stattgefunden habe. Ein entstandener Conflict wurde durch den General Chruschtschew beseitigt, ohne daß mehr als einige Verwundungen vorgekommen wären.

Donau-Fürstenthümer.

Fürst Coufa hat vor seiner Abreise nach Constantinopel, wo er dem Sultan zur Thronbesteigung persönlich seine Glückwünsche darbringen will, das neue Ministerium definitiv ernannt. Minister-Staatssecretär des Innern und Präsident des Ministerrathes ist der Fürst Demeter Sika; Johann Kaneakuzono übernimmt das Portefeuille der Justiz, Alexander Magliano das der Finanzen; Scharat Kalosiano wird Cultus und Unterricht, Apostol Arsaki das Aeußere und Georg Barleanu die Controle leiten, Kriegsminister bleibt Fürst Johann Gr. Sika. Aus dieser Ministerliste ist zu ersehen, daß die einzige regierungsfähige Partei des Landes, die Großbojaren, einen vollständigen Sieg errungen haben.

Amerika.

Auf dem Kriegsschauplatz in Missouri regt sich wieder. Nachdem die Bundesstruppen in Springfeld einige Wochen zur besseren Organisation und Beschaffung der Mittel zu einem längeren Feldzuge verwendet haben, ist eine Abtheilung derselben von Springfeld südlich nach Forsyth hinabgerückt und hat dort die Rebellen-Befestigung verjagt. Dadurch ist nun der Landestheil, auf welchem noch ein Kampf mit der vereinigten Hauptarmee der Rebellen von Missouri und Arkansas stattfinden könnte, auf den Winkel beschränkt, den zwei von Springfeld südlich und westlich gezogene Linien begrenzen. In Nord-Missouri besteht ein banditenmäßiger Guerillakrieg nach wie vor. Im südöstlichen Missouri befürchtet man einen Angriff der Rebellen (von Tennessee) auf das Cairo gegenüber gelegene und es beherrschende Bird's Point.

William Russell, der Times's Correspondent, schreibt unterm 29. Juli: „Heute vor acht Tagen hätten die Conföderirten (die Süd-Truppen) in die Hauptstadt Washington einmarschiren können. Sie thaten keinen sofortigen Schritt, um ihren unerwarteten Waffenbesitz zu benutzen. Bis diesen Augenblick verrathen ihre Bewegungen keinen festen Vorsatz oder Plan, einen Angriffskrieg zu führen, oder nur Maryland zu befreien, selbst wenn sie die Mittel dazu hätten. In der That wurde ihnen ihr Sieg, wie ich vermuthe, nicht in seiner vollen Größe bekannt, und ihr Verlust nebst dem Zustande ihrer Armee und politischer, so wie andere Klugheitsrückfichten mögen zu der Unthätigkeit geführt haben, mit der die Conföderirten (die Nordstaaten) durchaus keinen Grund haben unzufrieden zu sein.“ In einer andern Stelle bemerkt Mr. Russell, daß der französische Gesandte Mr. Mercier, wie man allgemein wisse, der Absicht sei, daß der jetzige Kampf nicht zu Gunsten des Nordens ausgehen könne. Auch Hr. v. Stöck, der russische Gesandte, der lange in Amerika gelebt hat und die amerikanischen Staatsmänner und den Geist des Volkes von Grund aus kennt, soll ähnlicher Ansicht sein. Doch werde Keiner von Beiden angefeindet, während der englische Gesandte, der sich bis jetzt sorgsam neutral verhalten, Gegenstand fortwährender Ausfälle und Drohungen sei.

Die letzten Berichte aus New-York (20. Juli) melden: Ein Gerücht aus Clarksburg, Virginien, meldet, daß zwischen 3000 Bundesstruppen unter Col. Tyler und 7000 Rebellen unter Henry A. Wise bei Bulltown eine Schlacht stattgefunden habe, in welcher 600 unferer Truppen und 1500 Rebellen getödtet seien. Wise soll zurückgeschlagen sein. Sollte sich dieses Gerücht bestätigen, so wäre West-Virginien als von den Rebellen gesäubert zu betrachten. — Robert Toombs, Staatsminister der sogenannten südlichen Confederation, hat resignirt. R. M. E. Hunter ist sein Nachfolger. Der Grund von Toombs' Resignation ist nicht angegeben. — Die Tarif-Bill ist mit wenigen Modificationen vom Senat mit 22 gegen 19 Stimmen angenommen worden.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krautau, 17. August.

* Der unermüdeten Bemühung der Behörden und Bevölkerung war die Vertilgung der Heuschrecke in allen Dörfern, wo sie hienalands zum Vorschein gekommen sind, nahezu gelungen, als neue Heuschreckenzüge aus Russland hereinbrachen. Diese haben die Gemeinden: Siborow, Probudna, Erychuchowce und Kizlowce im Gutschnyer Bezirke, Posholowa und Rakowat im Kopyneczer Bezirke, Stala, Zadzuz, Turlyge, Wolkowce und Wyszka im Worszower Bezirke, endlich Dublowce, Maszlowce, Wostki, Womowostka und Soule mit Attinenzen: Kyt und Przelalec im Grynawower Bezirke heimgesucht. Wegen Durchführung der Vertilgungs-Maßregeln sind seitens der betreffenden Behörden sogleich die nöthigen Einleitungen getroffen worden.

* Die k. k. Statthalterei in Lemberg findet mit Rücksicht auf die günstigeren Gesundheitsverhältnisse die unterm 23. Mai 1861 Z. 23.137 angeordnete Grenzsperrung bezüglich des Eintriebes des Großpörmisches aus Rußland aufzuheben, und denselben über die bestehenden Hornvieh-Contingentalen unter Einhaltung der 20tägigen Beobachtungsperiode wieder zu gestatten. Bezüglich der Einfuhr der rohen Hornvieh-Produkte ist von Fall zu Fall die Bewilligung hiezu gegen Vornahme der vorgeschriebenen Reinigung hierorts (in Lemberg) anzufuchen. Die sonstigen Vorichtsmaßregeln bezüglich der Viehschau beim Durchtriebe der Heerden im Inneren des Landes bleiben fortan aufrecht.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

London, 15. August. Die Bank hat ihren Disconto auf 4 1/2 herabgesetzt.

Wien, 16. August. National-Anlehen zu 5% mit Zänner Coup. 80.90 Geld, 81.— Waare, mit April-Coup. 81.30 Geld, 81.40 Waare. — Neues Anlehen vom 3. 1860 zu 500 fl. 83.40 Geld, 83.60 Waare, zu 100 fl. 87.75 G. 88.— W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5%, 66 25 G. 66 75 W. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 744.— G. 746.— W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. öherr. Währ. 174.70 G. 174.80 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. ö. M. 1947.— G. 1948.— W. — der Galiz.-Karlsb.-Bahn zu 200 fl. ö. M. m. 140 (70%) Einz. 144.75 G. 145.25 W. — Wechsel auf (3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 116.40 G. 116.50 W. — London, für 100 Pds. Sterling 137.50 G. 137.80 W. — K. Münzducaten 6.60 G. 6.61 1/2 W. — Kronen 18.97 G. 19.— W. — Napoleons 11.— G. 11.02 W. — Russ. Imperiale 11.30 G. 11.32 W. — Vereinsthaler 2.05 G. 2.05 1/2 W. — Silber 136.50 G. 136.75 W.

Krautau, 16. August. Auf hiesigem Markte stellten sich die Durchschnittspreise folgender Waaren: Für den niederrösterreichischen Weizen 4 fl. 44 kr. — Korn 3 fl. 54 kr. — Gerste 4 fl. 50 kr. — Hafer 1 fl. 50 kr. — Kukuruz — fl. — fr. — Kartoffeln 1 fl. 65 kr. — für den Centner Heu — fl. 80 kr. — Stroh 65 fr. öherr. Währ.

Krautauer Cours am 16. August. Silber-Rubel 810 fl. poln. 111 verl., fl. poln. 109 geg. — Poln. Banknoten für 100 fl. öherr. Währung fl. poln. 347 verl., 341 bezahlt. — Preuss. Courant für 150 fl. öherr. Währ. 73 1/2 verl., 72 1/2 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. öherr. Währ. fl. 137.— verl., 136.— bez. — Russische Imperials fl. 11.35 verl., 11.16 bezahlt. — Napoleons ö. fl. 11.10 verl., 10.90 bezahlt. — Vollwichtige holländische Ducaten fl. 6.50 verl., 6.40 bezahlt. — Vollwichtige öherr. Rand-Ducaten fl. 6.60 verl., 6.50 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. v. 100 1/2 verl., 99 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in öherr. Währung fl. 81 1/2 verl., 81 bez. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Conv. = Münze fl. 86 verl., 85 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen in öherr. Währung fl. 68 1/2 verl., 67 1/2 bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. öherr. Währ. 81 verl., 80 bezahlt. — Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 70% fl. öherr. Währ. 149 verl., 147 bez., mit der Einzahlung von 30% fl. öherr. Währ. 65 verl., 64 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Wien, 16. August. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde die Specialdebatte über den Gesetzentwurf betreffend das Ausgleichsverfahren fortgesetzt. Ein Antrag Mendel's das Verfahren nicht auf Zahlungseinstellung protocolirter Handels- und Gewerbsleute zu beschränken, wird mit namentlicher Abstimmung mit 103 gegen 33 Stimmen verworfen. (Smolka enthielt sich der Abstimmung). Eingang und §. 1 des Gesetzes werden mit einer unbedeutenden Veränderung angenommen. Die Sitzung wird um 2 Uhr geschlossen und auf nächsten Dienstag 10 Uhr vertagt.

Aus London 15. August meldet eine telgr. Dep. Se. k. Hoheit der Erzherzog Ferdinand Maximilian ist in Southampton angekommen und wurde dort mit einer Adresse begrüßt. Er antwortete, daß, da Oesterreich jetzt ein constitutioneller Staat sei, eine Allianz zwischen Oesterreich und England für nothwendig halte. Des Abends fand ein Banket statt, bei welchem Roebuck Aehnliches äußerte. Graf Apponyi hebt hervor, daß die Interessen Englands und Oesterreich identisch seien.

Neapel, 14. August. In Ponte Landolfo wurden die Truppen von den Aufständischen besiegt. Frische Truppen marchiren in jene Richtung.

Neueste levantinische Post. (Mittels des Lloydampfers „Reptun“ am 15. August zu Triest eingetroffen.) Constantinopel, 10. August. Derwisch Pascha, Gesandter in Petersburg, wurde zum Director des Bergwesens und der Forstdirection ernannt. Mehrmet Djamil Bey versieht die Dienste des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Die Herausgabe zweier neuer Journale in griechischer Sprache wurde bewilligt. Ein afghanischer Häuptling ist mit Gefolge aus Kandahar hier eingetroffen. Für die beabsichtigte Genie- und Artillerieschule sollen französische Offiziere berufen werden. Die moldau-malachische Gesandtschaft wurde vom Sultan noch nicht empfangen. Smyrna, 9. August. Eine neunstündige Feuersbrunst verzehrte am 6. d. M. im türkischen Stadttheile gegen 700 Häuser.

Konstantinopel, 15. August. Dmer Pascha ist in Moskau unwohl. Die Regierung setzt Finanzreformen in Wirksamkeit und bereitet die Errichtung einer Nationalbank vor. In Adria herrscht die Cholera.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 16. August. Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Michael Lemtowicz aus Polen. Josephat Zielonacki, Universitätsprofessor, aus Lemberg. Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Mauricius Graf Szynnowski nach Galizien. Edward Ritter v. Homolag n. Gnoim. Stanislaus Sabloni nach Wien.

